

Wahlen

Koba Krause

Analyse der Bundestagswahl 2005 im Saarland

In diesem Aufsatz wird das Wahlergebnis der Bundestagswahl vom 18. September 2005 im Saarland unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert: Zunächst soll anhand von Zeitreihen die Entwicklung der Stimmabgabe bezüglich der Parteien, der Wahlbeteiligung sowie der Anzahl der Briefwähler aufgezeigt werden. In einem zweiten Schritt wird mit Hilfe der Repräsentativen Statistik auf das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht sowie die Entwicklung des sogenannten Stimmensplittings eingegangen. Der dritte Teil dieser Analyse befasst sich mit dem Wahlverhalten nach sozioökonomischen Indikatoren.

1. Historische Betrachtung

Im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen gehen aus dieser Wahl einige interessante Erkenntnisse hervor bezüglich der Wahlbeteiligung, der Briefwähler und des Stimmensplittings.

Wahlbeteiligung

Bei der Wahlbeteiligung setzte sich, nach einer kurzen Auflebung Mitte der Neunziger Jahre, der Abwärtstrend fort und hat nun sowohl bundesweit als auch im Saarland einen neuen Tiefststand erreicht. Auf Bundesebene liegt die Wahlbeteiligung nun bei 77,7, im Saarland bei 79,4 Prozent.

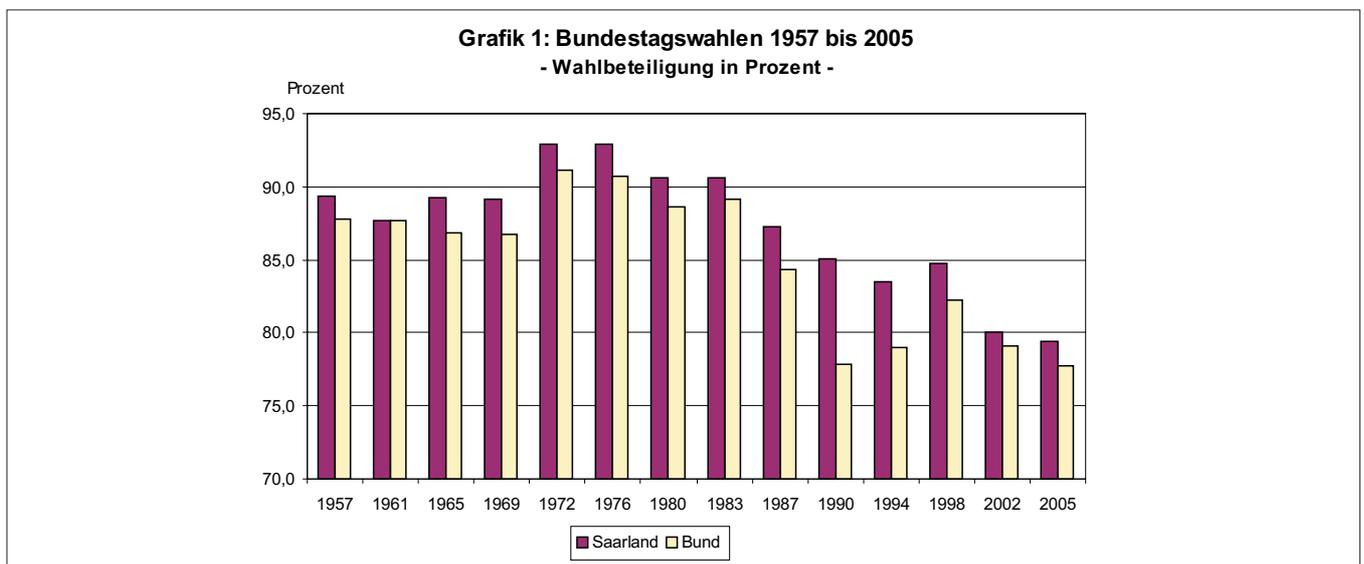
Damit liegt die Wahlbeteiligung im Saarland weiterhin über dem Bundesdurchschnitt. Das Saarland gehört gemeinsam mit Niedersachsen zu den Ländern mit der höchsten Wahlbe-

teiligung. Obwohl die Differenz zwischen der hiesigen und der Bundeswahlbeteiligung relativ gering ist, bewahrheitet sich die im Septemberheft geäußerte Vermutung nicht: Die Angleichung der Wahlbeteiligung im Saarland an den Bundesdurchschnitt, wie sie im Bundestagswahlergebnis 2002 zum Ausdruck kam, hat sich nicht fortgesetzt.

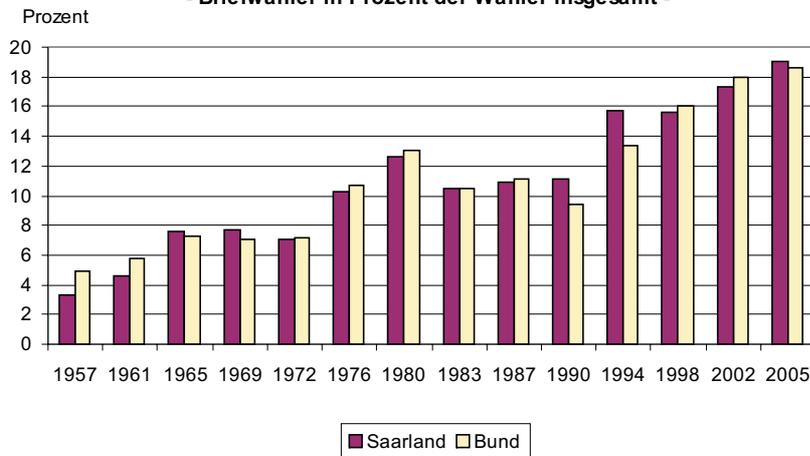
Briefwahl

Eine Erfolgsgeschichte ist dahingegen die Beteiligung an der Wahl mittels Wahlschein. Schon seit ihrer Einführung 1957 steigt die Anzahl derer, die per Briefwahl ihre Stimme ausbringen, fast kontinuierlich an.

Erstmals seit 1994 war die Anzahl der Briefwähler im Saarland (19,0 %) wieder höher als im Bundesdurchschnitt (18,6 %), sei es lediglich um 0,4 Prozent.



Grafik 2: Bundestagswahlen 1957 bis 2005
- Briefwähler in Prozent der Wähler insgesamt -



Erst- und Zweitstimmenverteilung

Wie bereits in der Septemberausgabe des Statistik Journals ausgeführt, haben sowohl die CDU als auch die SPD historisch gesehen schon immer bzw. mit wenigen Ausnahmen ein höheres Erst- als Zweitstimmenergebnis, während dies bei der FDP, den Grünen und der PDS (seit 2005 die Linken) eher umgekehrt ist. Dieser Trend setzte sich auch bei der diesjährigen Bundestagswahl fort und kann weiterhin als Indiz gewertet werden, dass ein signifikanter Anteil der Wählerinnen und Wähler mit ihrer Erststimme den vermeintlich chancenreichen Direktkandidaten der großen Parteien wählt, während man mit der Zweitstimme die kleineren Koalitionspartner wählt, deren Direktkandidaten aller Voraussicht nach keine Mehrheit in ihrem Wahlkreis auf sich vereinen können (Tabelle 1).

2. Repräsentative Statistik

Auf der Grundlage der Daten aus der Repräsentativen Wahlstatistik wird das Stimmensplitting bei den letzten beiden Bundestagswahlen näher betrachtet.

Erst- und Zweitstimmenkombinationen

Eine erste Betrachtung der Repräsentativen Statistik gilt den Wählerinnen und Wählern der Direktkandidaten, d.h. um die Beantwortung der Frage von Anhängern welcher Parteien wurden die Direktkandidaten gewählt. Aus Tabelle 2 geht zunächst hervor, dass die Direktkandidatinnen und -kandidaten der Linken weitaus am meisten Unterstützung aus den eigenen Reihen erfahren haben: 82,4 Prozent derer, die mit der

Tabelle 1: Bundestagswahlen 1957 bis 2005
- Erst- und Zweitstimmen der Parteien im Saarland -

Jahr	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		Die Linke ¹⁾	
	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen
1957	25,1	25,1	33,8	54,6	18,1	18,2	-	-	-	-
1961	33,6	33,5	49,2	49,1	12,8	12,9	-	-	-	-
1965	40,0	39,8	48,0	46,8	7,4	8,6	-	-	-	-
1969	41,4	39,9	46,7	46,1	5,7	6,7	-	-	-	-
1972	50,5	47,9	44,0	43,4	4,0	7,1	-	-	-	-
1976	46,7	46,1	46,5	46,2	5,6	6,6	-	-	-	-
1980	50,0	48,3	43,7	42,3	5,4	7,8	0,3	1,1	-	-
1983	46,3	43,8	47,6	44,8	2,5	6,0	3,0	4,8	-	-
1987	45,7	43,5	43,8	41,2	3,8	6,9	5,1	7,1	-	-
1990	51,7	51,2	38,9	38,1	4,8	6,0	2,7	2,3	-	0,2
1994	50,6	48,8	39,7	37,2	2,0	4,3	4,3	5,8	0,4	0,7
1998	55,4	52,4	35,3	31,8	2,0	4,7	3,4	5,5	0,5	1,0
2002	50,2	46,0	37,4	35,0	4,5	6,4	3,8	7,6	1,1	1,4
2005	38,0	33,3	33,9	30,2	3,5	7,4	3,0	5,9	17,3	18,5

1) 1990 bis 2005: PDS.

Erststimme eine Kandidatin oder einen Kandidaten der Linken gewählt haben, gaben dieser Partei auch ihre Zweitstimme. Lediglich die CDU kann einen ähnlichen Wert aufweisen, dort waren es 81,4 Prozent der CDU-Erststimmenwähler, die auch mit ihrer Zweitstimme CDU wählten. Die Kandidaten und Kandidatinnen der SPD (76,8 %), der FDP (68,2 %) und der Grünen (57,4 %) wurden in geringerem Maße aus den eigenen Reihen unterstützt.

Die in dieser Tabelle beträchtliche Unterstützung der KandidatInnen der Grünen und der FDP durch WählerInnen der großen Koalitionspartner beruht auf einem Scheinzusammenhang: Durch die größere Wählerschaft der CDU bzw. SPD erhielten die KandidatInnen der Grünen 25,6 Prozent ihrer Stimmen von WählerInnen der SPD und die KandidatInnen der FDP 16,4 Prozent von WählerInnen der CDU. Das absolute Stimmenverhältnis erklärt auch die relativ geringe Unterstützung der KandidatInnen der großen Parteien durch WählerInnen der kleinen Koalitionspartner. Im Vergleich zur Vorwahl ist jedoch auffällig, dass die KandidatInnen der Grünen fast 10 Prozentpunkte weniger aus den Reihen der SPD-WählerInnen erhielten und sich die Unterstützung der CDU-DirektkandidatInnen aus den Reihen der FDP verdoppelt hat. Erstaunlich ist auch der Rückgang an Unterstützung der KandidatInnen der Partei "die Linke" aus den Reihen der SPD: 2002 erhielten Sie noch 15,4 Prozent ihrer Stimmen aus den Reihen der SPD, diesmal waren es - trotz oder wegen des Direktkandidaten Oskar Lafontaine in Saarbrücken - 9,5 Prozent.

Vergleicht man die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl mit den Ergebnissen des Jahres 2002, so fällt weiterhin auf, dass Kandidatinnen und Kandidaten der SPD, CDU und FDP jeweils weniger Zustimmung aus den eigenen Reihen erhalten haben. Die Kandidatinnen und Kandidaten der Grünen und insbesondere der Partei "die Linke" konnten hingegen einen Zuwachs an Unterstützung aus den eigenen Reihen verzeichnen. Insbesondere der Zuwachs bei der PDS ist bemerkenswert: Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Erststimme einen Direktkandidaten der PDS gewählt haben, wählten bei dieser Wahl 82,4 Prozent auch mit ihrer Zweitstimme die PDS, im Jahr 2002 waren es nur 58,1 Prozent. Dies könnte bedeuten, dass die Affinität mit einzelnen Kandidaten in der Vergangenheit nun der Zuversicht in die Fähigkeiten der Bundespartei gewichen ist. Mit einer Rolle hat dabei vermutlich die inhaltliche Positionierung und die personelle Alternative der Linken gespielt, weswegen sie nun eher als seriöse Partei links der SPD wahrgenommen wird.

Tabelle 3 bietet konkreteren Aufschluss über das Stimmensplittings der Wählerinnen und Wähler. Die Wählerinnen und Wähler der CDU und der SPD haben kaum Gebrauch von der Möglichkeit des Stimmensplittings gemacht: 91,6 der Wählerinnen und Wähler die mit der Zweitstimme CDU gewählt hatten, wählten auch mit der Erststimme eine KandidatIn der CDU, bei den WählerInnen der SPD waren es 89 Prozent. Erwartungsgemäß splitteten die WählerInnen und Wähler der jeweils kleinen Koalitionspartner ihre Stimmen in größerem Umfang.

Tabelle 2: Erst- und Zweitstimmenkombinationen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002
Erststimmen = 100

Partei	Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Erststimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der Zweitstimme													
	SPD		CDU		GRÜNE		FDP		Die Linke		Sonstige		Ungültige	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
Männer														
SPD	75,4	83,9	2,4	1,8	8,6	9,4	1,0	1,9	11,3	1,3	1,0	1,1	0,3	0,5
CDU	1,9	2,7	79,6	87,1	0,6	0,8	14,5	7,3	1,8	0,2	1,1	1,4	0,4	0,5
GRÜNE	25,1	31,8	5,1	4,1	56,6	56,8	3,0	2,5	8,1	2,9	1,9	1,4	0,3	0,5
FDP	5,9	6,5	14,2	13,3	0,7	1,1	71,0	74,5	5,2	0,6	2,7	3,9	0,2	0,1
Die Linke.	9,0	14,5	1,4	5,3	1,9	5,7	1,1	1,9	83,5	56,5	2,7	15,3	0,3	0,8
Sonstige	7,0	9,5	7,3	8,3	0,7	1,7	2,4	2,5	9,6	1,5	72,5	75,9	0,6	0,6
Ungültige	6,8	12,0	6,5	6,3	0,5	2,0	1,6	1,7	3,8	0,9	1,4	11,7	79,3	65,3
Frauen														
SPD	78,1	84,3	2,5	1,9	8,9	9,7	1,3	1,7	7,3	0,6	1,5	1,1	0,5	0,6
CDU	2,1	3,2	83,0	88,3	0,8	1,4	10,9	5,1	1,2	0,1	1,1	1,2	0,8	0,7
GRÜNE	25,9	36,4	7,5	4,7	57,9	52,1	1,7	2,6	4,5	1,1	2,3	2,6	0,3	0,5
FDP	6,7	10,2	18,2	13,8	2,2	2,7	65,9	67,2	3,4	0,5	3,3	4,9	0,3	0,7
Die Linke.	10,2	17,0	2,4	3,9	1,6	4,6	1,1	1,3	80,9	60,8	3,6	12,4	0,2	0,0
Sonstige	10,5	20,9	6,1	12,4	1,8	2,6	3,4	4,5	6,2	1,9	71,7	56,9	0,3	0,9
Ungültige	10,3	14,2	10,7	10,7	1,4	1,6	1,2	3,5	4,5	0,0	1,8	6,4	70,0	63,6
Insgesamt														
SPD	76,8	84,1	2,4	1,8	8,7	9,6	1,1	1,8	9,2	1,0	1,2	1,1	0,4	0,6
CDU	2,0	3,0	81,4	87,7	0,7	1,1	12,6	6,2	1,5	0,1	1,1	1,3	0,6	0,6
GRÜNE	25,6	34,5	6,7	4,4	57,4	54,0	2,1	2,6	5,8	1,8	2,1	2,1	0,3	0,5
FDP	6,4	8,4	16,4	13,6	1,5	1,9	68,2	70,8	4,2	0,5	3,0	4,4	0,2	0,4
Die Linke.	9,5	15,4	1,9	4,8	1,8	5,3	1,1	1,7	82,4	58,1	3,1	14,2	0,3	0,5
Sonstige	8,8	14,9	6,7	10,2	1,3	2,1	2,9	3,4	7,9	1,7	72,1	66,9	0,4	0,7
Ungültige	8,8	13,1	8,9	8,6	1,0	1,8	1,4	2,6	4,2	0,4	1,6	9,0	74,0	64,5

Von den WählerInnen der Grünen wählten 59,4 Prozent mit ihrer Erststimme einen Kandidaten/eine Kandidatin der SPD, von den WählerInnen der FDP 56,6 Prozent den örtlichen Kandidaten/die Kandidatin der CDU.

Interessant ist auch das Verhalten der WählerInnen der Linken, ehemals PDS. 2002 entsprach ihr Wahlverhalten dem der Wählerinnen und Wähler kleinerer Parteien; nur 49,2 Prozent der WählerInnen wählte damals auch mit der Erststimme einen Kandidaten/eine Kandidatin der eigenen Partei, während 35,7 Prozent seine/ihre Erststimme einem Kandidaten bzw. einer Kandidatin der SPD gab. Ganz anders war das Wahlverhalten der Linken-WählerInnen in diesem Jahr: 72,2 Prozent von ihnen unterstützte auch mit der Erststimme die eigenen KandidatInnen während nur 20,6 Prozent die KandidatInnen der SPD wählten. Dies kann durchaus als Beleg gewertet werden, dass die WählerInnen der Linken ihren DirektkandidatInnen eine realistische Chance eingeräumt haben ihren Wahlkreis zu gewinnen.

Die Erst- und Zweitstimmenkombination der SPD und der Linken im Saarland hatte aufgrund o.a. Kandidatur eine besondere Brisanz. Die allgemeine Annahme, die Linke würde Proteststimmen von SPD-WählerInnen auf sich vereinen, bewahrheitete sich im Saarland, trotz o.a. Kandidatur, nur bedingt: Von den SPD-WählerInnen wählten 4,3 Prozent einen Kandidaten der Linkspartei. Zum Vergleich: 3,2 Prozent der CDU-WählerInnen und Wähler wählten einen Direktkandidaten/eine Direktkandidatin der SPD. Trotzdem sind diese 4,3 Prozent

der SPD-WählerInnen für die PDS-Direktkandidaten durchaus erwähnenswert; KandidatInnen anderer Parteien wurden in wesentlich geringerem Maße unterstützt.

Auch im Vergleich zur Vorwahl hat sich einiges getan: Von WählerInnen der Grünen gab es fast 5 Prozent weniger für SPD KandidatInnen. Verursacht haben diesen Rückgang insbesondere die Frauen, deren Erststimmen nun zunehmend der eigenen Partei zugute kamen. Fast erdrutschnäßig hat sich das Wahlverhalten der FDP-Wählerinnen und Wähler verändert: Von nur 34,2 Prozent die im Jahr 2002 mit der Erststimme die CDU wählten stieg dieser Wert bei der Bundestagswahl 2005 auf 56,6 Prozent. Insbesondere die männlichen FDP-Wähler haben diesen Erdrutsch ermöglicht.

Ungültige Stimmen

Bezüglich der ungültigen Stimmen erhärtet sich in den Tabellen 2 und 3 die These, dass Wählerinnen und Wähler zunehmend beide Stimmen ungültig machen, insbesondere die männlichen Wähler. Von 100 Wählerinnen und Wählern, die bei der Wahl des/der DirektkandidatIn ihre Stimme ungültig machten, haben bei dieser Wahl 74 Prozent auch ihre Zweitstimme ungültig gemacht, zehn Prozent mehr als noch 2002. Umgekehrt sieht man die gleiche Tendenz: Auch ausgehend von denjenigen, die mit ihrer Zweitstimme ungültig gewählt haben, waren es bei dieser Bundestagswahl 80,3 Prozent die ihre Erststimme ungültig gemacht haben, gegen 68,4 Prozent, die dies 2002 taten. Natürlich kann über die Gründe nur spekuliert werden, aber es liegt

Tabelle 3: Erst- und Zweitstimmenkombinationen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002
Zweitstimmen = 100

Partei	Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der Erststimme													
	SPD		CDU		GRÜNE		FDP		Die Linke		Sonstige		Ungültige	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
Männer														
SPD	89,6	93,1	1,9	2,3	1,7	2,3	0,6	0,7	4,9	0,5	0,9	0,6	0,5	0,5
CDU	3,3	2,5	92,3	94,1	0,4	0,4	1,6	1,8	0,9	0,2	1,1	0,7	0,5	0,4
GRÜNE	64,3	66,2	3,9	4,6	23,9	25,9	0,5	0,7	6,6	1,2	0,6	0,7	0,2	0,6
FDP	4,9	12,6	61,0	37,4	0,8	1,1	29,1	47,1	2,5	0,4	1,3	1,0	0,4	0,5
Die Linke.	21,4	37,6	3,0	4,5	0,9	5,1	0,8	1,6	71,5	47,6	2,0	2,6	0,4	1,0
Sonstige	8,5	13,6	8,4	13,6	0,9	1,1	2,0	4,5	10,5	5,7	69,1	55,7	0,7	5,8
Ungültige	5,4	14,9	7,1	10,1	0,3	0,9	0,3	0,3	2,8	0,6	1,1	0,9	82,9	72,2
Frauen														
SPD	88,5	91,2	2,1	2,5	2,7	3,3	0,7	1,0	3,9	0,3	1,3	1,1	0,8	0,6
CDU	3,1	2,7	90,9	93,3	0,9	0,6	2,3	1,8	1,1	0,1	0,8	0,9	0,9	0,6
GRÜNE	55,6	62,6	4,2	6,5	33,7	27,7	1,3	1,5	3,3	0,5	1,2	0,8	0,6	0,4
FDP	7,1	14,4	51,9	30,7	0,9	1,8	35,7	50,0	2,0	0,2	2,0	1,8	0,5	1,1
Die Linke.	19,5	32,4	2,8	3,4	1,1	5,0	0,9	2,2	73,0	52,0	1,8	5,0	0,8	0,0
Sonstige	12,1	19,4	8,0	14,4	1,7	3,7	2,7	7,5	10,1	3,4	64,3	47,4	1,0	4,3
Ungültige	8,1	16,7	11,3	14,2	0,5	1,1	0,5	1,6	0,9	0,0	0,5	1,1	78,3	65,2
Insgesamt														
SPD	89,0	92,1	2,0	2,4	2,2	2,8	0,7	0,8	4,3	0,4	1,1	0,9	0,6	0,6
CDU	3,2	2,6	91,6	93,7	0,7	0,5	2,0	1,8	1,0	0,2	0,9	0,8	0,7	0,5
GRÜNE	59,4	64,2	4,1	5,7	29,5	26,9	0,9	1,2	4,8	0,8	0,9	0,8	0,4	0,5
FDP	5,9	13,5	56,6	34,2	0,8	1,4	32,3	48,4	2,3	0,3	1,6	1,4	0,5	0,8
Die Linke.	20,6	35,7	2,9	4,1	1,0	5,1	0,9	1,8	72,2	49,2	1,9	3,5	0,6	0,6
Sonstige	10,4	16,2	8,2	13,9	1,4	2,3	2,4	5,8	10,3	4,6	66,5	52,0	0,9	5,1
Ungültige	6,9	15,9	9,5	12,3	0,4	1,0	0,4	1,0	1,8	0,3	0,8	1,0	80,3	68,4

die Vermutung nahe, dass es nicht an zunehmend geringerem Verständnis des Wahlsystems, sondern an einer Zunahme derer liegt, die sich der Wahl nicht enthalten wollen, sondern bewusst niemand ankreuzen können oder wollen.

Alter und Wahlverhalten

Aus den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 geht hervor, dass sich das Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen verändert hat:

Erreichte die SPD 2002 noch ihr bestes Ergebnis in der Gruppe der 35 bis unter 45-Jährigen, so war es im Jahr 2005

Das Ergebnis der Linken im Jahr 2005 ist nur schwierig mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2002 zu vergleichen. Da nicht nur der Name der Partei ein anderer ist, sondern der Zusammenschluss mit der WASG und einer der Spitzenkandidaten diese Partei „salonfähig“ gemacht haben, ist die Wählerzustimmung explosionsartig gestiegen. Mit einer Rolle hat dabei vermutlich auch gespielt, dass die Zustimmung mit der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung rückläufig war und die Wählerschaft eine Alternative links der Mitte gesucht hat. Damit hat sich auch die Wählerschaft tendenziell geändert: Waren es 2002 überwiegend die jüngeren Wähler, die diese Partei wähl-

Tabelle 4: Abgegebene Zweitstimmen in Prozent nach Alter und Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002

Alter	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		PDS/Die Linke	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
18 bis unter 25 Jahre	36,2	44,2	21,1	27,0	9,4	10,4	8,9	10,6	16,5	3,0
25 bis unter 35 Jahre	34,3	47,1	22,6	26,0	10,6	9,4	8,0	10,9	16,8	1,6
35 bis unter 45 Jahre	34,5	47,7	23,8	28,6	7,5	7,2	8,4	10,9	20,1	1,2
45 bis unter 60 Jahre	32,9	46,1	29,0	35,4	7,4	6,9	5,5	7,0	21,2	1,3
60 Jahre und mehr	34,2	44,3	39,9	44,3	6,4	4,5	3,0	3,6	13,7	1,0
Insgesamt	34,1	45,8	30,2	35,2	7,6	6,8	5,8	7,5	17,7	1,3

Tabelle 5: Alter der Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 (Zweitstimmen)

Alter	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		PDS/Die Linke	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
18 bis unter 25 Jahre	8,6	7,5	5,7	6,0	10,0	12,0	12,4	11,0	7,5	17,3
25 bis unter 35 Jahre	10,7	12,3	8,0	8,9	14,9	16,7	14,7	17,5	10,2	14,3
35 bis unter 45 Jahre	20,1	22,1	15,6	17,2	19,6	22,7	28,9	31,0	22,7	19,0
45 bis unter 60 Jahre	27,7	26,0	27,6	26,0	28,1	26,3	27,3	24,3	34,4	24,9
60 Jahre und mehr	32,8	32,1	43,1	41,9	27,4	22,3	16,7	16,2	25,3	24,5
Insgesamt	100	100								

die Gruppe der 18 bis unter 25-Jährigen. Für die CDU ist die Tendenz unverändert: Mit zunehmendem Alter wird das Ergebnis für die CDU besser. Für die FDP war die Tendenz 2002 genau anders herum: Je jünger die Gruppe, je besser das Ergebnis. 2005 lässt sich nun feststellen, dass die Zustimmung in der Gruppe der 25 bis unter 35-jährigen überproportional gestiegen ist. Auch ist der Rückgang mit zunehmendem Alter nicht mehr ganz so ausgeprägt wie noch vor drei Jahren. Die Grünen haben nach wie vor die meiste Zustimmung in den Gruppen bis unter 45 Jahre.

ten, so sind es nun die Gruppen der 35 bis unter 60-Jährigen, in denen das höchste Ergebnis erzielt wurde.

Wenn man sich nun die Zusammenstellung der Wählerschaft der einzelnen Parteien ansieht (Tabelle 5), ist die Entwicklung bei der PDS bzw. der Linken am augenfälligsten. 2002 betrug die maximale Varianz 10,6 Prozentpunkte zwischen den Altersgruppen mit den meisten bzw. wenigsten Wählerinnen und Wählern der damaligen PDS. Bei der diesjährigen Bundestagswahl bestand nur noch 7,5 Prozent der Wählerschaft der Linken aus 18 bis unter 25-Jährigen, während die größte Wählergrup-

Tabelle 6: Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Wahlvorschlägen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 (Zweitstimmen)

Wahl	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Die Linke. ¹⁾	Sonstige
Männer								
2005	79,6	2,0	32,7	29,0	5,2	8,0	20,6	4,4
2002	80,4	1,8	44,4	35,4	7,0	7,4	1,8	4,0
Frauen								
2005	77,6	2,4	35,3	31,3	6,4	7,2	14,9	4,8
2002	79,0	1,9	47,1	35,0	7,9	6,1	0,9	3,0
Insgesamt								
2005	78,5	2,2	34,1	30,2	5,8	7,6	17,7	4,6
2002	79,7	1,8	45,8	35,2	7,5	6,8	1,3	3,5

1) 2002: PDS.

pe, die 45 bis unter 60 Jährigen, 34,4 Prozent ausmachte. Dabei ist auffällig, dass der Anteil der jüngeren Wählerinnen und Wähler bis unter 35 Jahre signifikant von 31,6 Prozent im Jahr 2002 auf nunmehr 17,7 Prozent zurückgefallen ist.

Bei den Zusammenstellungen der Wählerschaften der einzelnen Parteien spielt vermutlich der demografische Faktor eine Rolle. Da es zunehmend mehr ältere als jüngere Wählerinnen und Wähler gibt, steigt ihr Anteil mit jeder Altersgruppe. Dies gilt insbesondere für die großen Volksparteien, bei denen sich außerdem in den letzten drei Jahren die Verteilung der Wählerschaften über die Altersgruppen nicht signifikant verändert hat. Auffällig ist bei diesen Parteien jedoch der Anteil der über 60-Jährigen, bei der SPD immerhin fast ein Drittel der Wählerschaft, bei der CDU sogar noch 10 Prozentpunkte mehr.

Auch für die FDP kann Ähnliches gesagt werden, wobei insbesondere der Anstieg in der Altersgruppe der über 60-Jährigen im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 erwähnenswert ist. Die Grünen sind bei diesen Überlegungen nach wie vor eine Ausnahme. Ob es noch immer das eher anarchistische Image ist, fehlendes ökologisches Interesse oder sonstige Gründe sei dahingestellt; Fakt ist, dass die über 60-Jährigen nur knapp 17 Prozent ihrer Wählerschaft ausmachen.

Die Wahlbeteiligung ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen leicht zurückgegangen. Auch im Vergleich der beiden Bundestagswahlen kann festgestellt werden, dass SPD, CDU und Grüne gleichermaßen bei Männern und Frauen Stimmen verloren haben. Bei den beiden Parteien, die Zugewinne verzeichnen konnten, die FDP und die Linke, fällt insbesondere der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der Partei "die Linke" auf. Über 20 Prozent der Männer wählten diese Partei, während nur knapp 15 Prozent der Frauen sie wählten.

Mehr Frauen als Männer haben jedoch bei beiden Wahlen die SPD oder die Grünen gewählt. Bei der CDU hat sich das diesbezügliche Verhältnis gewendet: Waren es 2002 noch mehr Männer, die die CDU wählten, so sind es nun mehr Frauen.

3. Analyse nach sozioökonomischen Indikatoren

Ziel dieser Studie war es, die Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis der 52 saarländischen Gemeinden nach verschiedenen und z.T. neuen Indikatoren zu analysieren. Zunächst wurden verschiedene sozioökonomische Indikatoren definiert, bei denen die Vermutung bestand, dass sie von Einfluss auf das Wahlverhalten sein könnten: Bevölkerungsdichte, Ausbildungsgrad, Anteil der Arbeitslosen, Religion und Anteil der Beamten an der Bevölkerung der Gemeinden. Die Gemeinden wurden nach noch zu erläuternden Kriterien in Gemeinden mit einem hohen bzw. einem niedrigen Anteil an den entsprechenden Indikatoren eingeteilt.

Methodische Verantwortung

Bei der Einteilung der Gemeinden in „hoher“ bzw. „niedriger“ Anteil an o.a. Indikatoren stellte sich die Frage, nach welchen Kriterien "hoch" und "niedrig" definiert werden kann.

Für alle Indikatoren wurde der Durchschnitt aller Gemeinden jeweils als Grenzwert gehandhabt. Gemeinden mit einem geringeren Wert wurden als "niedrig" und Gemeinden mit einem höheren Wert als "hoch" eingestuft würden. Bei drei Analysen, nämlich „Ausbildungsgrad“, "Anteil der Beamten" und "Arbeitslose" lagen Gemeinden genau auf dem Durchschnittswert. Die beiden Erstgenannten wurden als "hoch" eingestuft weil sie den Wert durch Abrundung nach unten erreicht hatten und demnach eigentlich über dem Durchschnittswert lagen, bei "Arbeitslosen" wurde die Gemeinde als niedrig eingestuft, weil sie den Wert durch Aufrundung erreicht hatte.

Grundlage für den Maßstab einer hohen bzw. niedrigen Bevölkerungsdichte war selbstverständlich die amtliche Angabe der Einwohner je km² zum 31.12.2004. Der Durchschnittswert aller saarländischen Gemeinden betrug 411 Einwohner pro km².

Die Bestimmung des Ausbildungsgrades der Einwohner der Gemeinden stellte ein Problem dar. Da die Angaben zu den Einwohnern mit Abitur oder Hochschulabschluss auch ausländische Bürgerinnen und Bürger beinhalten, die amtliche Statistik aber keine (Gemeinde)Daten bezüglich der Ausländer mit Abitur oder Hochschulabschluss besitzt, konnten diese Daten nicht direkt mit den Wahlberechtigten zur Bundestagswahl verknüpft werden. Ausgehend von den "Beschäftigten am Wohnort mit Abitur oder Hochschulabschluss" wurde der Ausbildungsgrad mittels der Bevölkerung "18 Jahre und älter", einschließlich ausländischer Bürgerinnen und Bürger, berechnet. Unberücksichtigt blieb dabei der Ausbildungsgrad der nicht Beschäftigten. Auch wurde in Kauf genommen, dass die Quote leicht verfälscht werden könnte von Schülern, die bereits vor dem 18. Lebensjahr das Abitur erreicht hatten. Der Durchschnittswert aller Gemeinden betrug 5 Prozent.

Bei den Arbeitslosendaten wurde zunächst von der Prämisse ausgegangen, dass derjenige, der arbeitslos gemeldet ist, auch mindestens 18 Jahre alt ist. Auch hier waren in dem ursprünglichen Datenbestand die ausländischen und demnach nicht wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger enthalten. Da jedoch ausländische Arbeitslose auf Gemeindeebene erfasst sind, konnten die arbeitslosen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger bzw. deren Quote an der wahlberechtigten Bevölkerung ermittelt werden. Der Durchschnittswert aller Gemeinden betrug hier 4,9 Prozent.

Angaben zur Religionszugehörigkeit der Bevölkerung werden nicht von der amtlichen Statistik im Saarland ermittelt. Um diesbezügliche Analysen durchführen zu können, wurde auf die Steuerstatistik zurückgegriffen. Im Rahmen der Erfassung der Steuereinkünfte wird auch die Kirchensteuer erfasst. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass lediglich die römisch-katholische

und die evangelische Kirche diese Steuer erheben und somit Gläubige anderer Glaubensrichtungen nicht erfasst sind. Da lediglich Angaben zur Anzahl der Kirchensteuer zahlenden Steuerzahler zur Verfügung stehen, muss auch bedacht werden, dass weitere gläubige Familienmitglieder des Hauptverdieners/der Hauptverdienerin unberücksichtigt bleiben. Drittens sind in dieser Statistik die arbeitslosen Gläubigen nicht enthalten. Die Quote der beiden o.g. Religionen wurde aus der Gesamtzahl der Steuerzahler errechnet, der Durchschnittswert bei Römisch-Katholisch lag bei 66,5 Prozent, bei Evangelisch bei 19,7 Prozent. Trotz o.a. Einschränkungen sind die Daten zur Religionszugehörigkeit aus meiner Sicht nutzbar.

Der Anteil der Beamten am Wohnort wurde berechnet, indem die Zahl der Beamten in Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ausgedrückt wurde. Dabei wurde davon ausgegangen, dass unter 18-Jährige eher selten verbeamtet sind. Der Durchschnittswert aller Gemeinden betrug 3,54 Prozent.

Gemäß o.a. Indikatoren wurden die Gemeinden jeweils in Gruppen mit niedrigen bzw. hohen Werten eingeteilt und für jede Gruppe das Wahlergebnis berechnet. Das Ergebnis wird im Folgenden dargestellt.

Wahlbeteiligung

Da die Wahlbeteiligung einerseits von den o.a. sozioökonomischen Faktoren beeinflusst wird, andererseits aber selbst auch von Einfluss auf das Wahlergebnis sein könnte, wurden beide Aspekte untersucht.

Aus dieser Grafik geht hervor, dass insbesondere die CDU von einer hohen Wahlbeteiligung profitieren konnte, während die Grünen und die Linken ein besseres Ergebnis in Gemeinden mit einer niedrigen Wahlbeteiligung erzielen konnten. Die Ergebnisse der SPD und der FDP unterlagen diesbezüglich

kaum Schwankungen und wurden unabhängig von der Wahlbeteiligung fast konstant gewählt.

Die Analyse der Wahlbeteiligung nach sozioökonomischen Indikatoren ergab, dass eine niedrige Bevölkerungsdichte, ein niedriger Anteil an evangelischen Einwohnern, ein hoher Anteil an römisch-katholischen Einwohnern, ein niedriger Arbeitslosenanteil und ein hoher Anteil an Beamten zu einer relativ hohen Wahlbeteiligung beiträgt. Lediglich der Ausbildungsgrad scheint kaum von Einfluss auf die Wahlbeteiligung zu sein.

Aus der Einteilung der Gemeinden nach hoher und niedriger Wahlbeteiligung ging hervor, dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung in Gemeinden mit einer niedrigen Wahlbeteiligung bei 74,1 Prozent, in Gemeinden mit einer hohen Wahlbeteiligung bei 79,7 Prozent lag.

Bevölkerungsdichte

Eine niedrige Bevölkerungsdichte, oder auch ländliche Umgebung, kommt eindeutig der CDU zugute. Alle anderen Parteien hatten in den Gemeinden mit einer hohen Bevölkerungsdichte ein besseres Ergebnis.

Religion

In Gemeinden mit einem hohen Anteil an römisch-katholischen Bürgerinnen und Bürgern hat ausschließlich die CDU ein besseres Ergebnis als in Gemeinden mit einem niedrigen Anteil. Genau anders herum ist es bei Gemeinden mit einem hohen Anteil an evangelischen Bürgerinnen und Bürgern: Dort haben SPD, FDP, Grüne und die Linke ein besseres Ergebnis als in Gemeinden mit einem niedrigen Anteil.

Arbeitslose

Dies ist wohl der Indikator mit dem eindeutigsten Ergebnis: Bei einem hohen Anteil Arbeitsloser in den Gemeinden ist das Wahlergebnis der CDU signifikant geringer als in den Gemein-

Grafik 3: Bundestagswahlergebnis 2005 nach Wahlbeteiligung (Zweitstimmen)

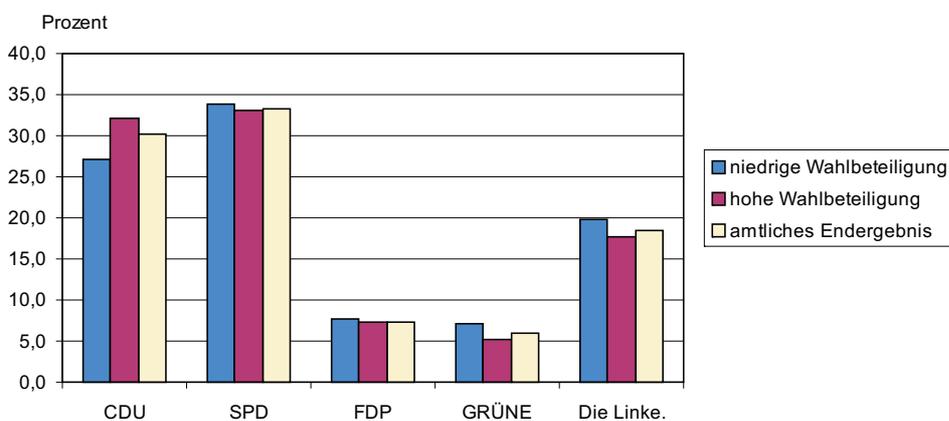


Tabelle 7: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2005 nach sozioökonomischen Indikatoren

Kriterium	Wahlbeteiligung in %
Bevölkerungsdichte niedrig	79,4
Bevölkerungsdichte hoch	76,2
Evangelisch niedrig	78,9
Evangelisch hoch	75,8
Römisch Katholisch niedrig	75,9
Römisch Katholisch hoch	79,0
Arbeitslose niedrig	79,2
Arbeitslose hoch	73,8
Ausbildungsgrad niedrig	77,8
Ausbildungsgrad hoch	76,7
Beamte niedrig	76,2
Beamte hoch	79,7
Wahlbeteiligung gemäß amtlichem Endergebnis	79,4

den mit einem niedrigen Anteil an Arbeitslosen. Die SPD hat in den Gemeinden mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen erwartungsgemäß ein besseres Ergebnis, allerdings scheint insbesondere die Partei "die Linke" in diesen Gemeinden Zustimmung gefunden zu haben.

Ausbildungsgrad der Beschäftigten

Dieser Aspekt spielt bei der Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler der Linken fast gar keine Rolle. Die SPD und die CDU erzielen in Gemeinden mit einem niedrigen Ausbildungsgrad ein besseres Ergebnis als in den Gemeinden mit einem hohen Ausbildungsgrad, den größten Zugewinn verzeichnet die SPD.

Beamte

Ein hoher Anteil an Beamten an der Anzahl der Wahlberechtigten Bürger kommt insbesondere der CDU zugute, ein niedriger Anteil an Beamten den Grünen und insbesondere der Partei "die Linke". Das Wahlergebnis der SPD wird dahingegen von diesem Faktor kaum beeinflusst.

Soweit die ersten Erkenntnisse dieser Daten. Insbesondere im Bereich der sozioökonomischen Auswertung ist hier ein erster Schritt gemacht worden. Zukünftige Auswertungen können interessante Erkenntnisse über eine sich ändernde Wählerschaft an den Tag bringen.

Weitere Informationen zur Repräsentativen Statistik unter <http://www.statistik.saarland.de> oder in der Veröffentlichung des Endgültigen Endergebnisses.

Tabelle 8: Wahlergebnis (Zweitstimmen) nach sozioökonomischen Faktoren und Wahlbeteiligung

Kriterium	Klassifizierung	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke
Nach Wahlbeteiligung	niedrig	27,2	33,8	7,7	7,0	19,8
	hoch	32,1	33,0	7,3	5,2	17,6
Nach Bevölkerungsdichte	niedrig	32,8	32,9	7,3	5,3	16,9
	hoch	28,4	33,6	7,5	6,3	19,5
Nach Religion EV	niedrig	32,9	32,5	7,4	5,1	17,6
	hoch	27,2	34,3	7,6	6,8	19,5
Nach Religion RK	niedrig	27,5	33,9	7,7	6,8	19,2
	hoch	32,7	32,8	7,2	5,0	17,8
Nach Arbeitslosen	niedrig	32,0	33,1	7,4	5,3	17,4
	hoch	26,2	33,8	7,5	7,3	20,8
Nach Ausbildungsgrad	niedrig	30,7	34,1	7,1	5,0	18,6
	hoch	29,1	32,0	8,1	7,6	18,3
Nach Anteil Beamte	niedrig	28,5	33,6	7,5	6,2	19,5
	hoch	33,3	32,9	7,4	5,3	16,5
Amtliches Endergebnis		30,2	33,3	7,4	5,9	18,5